

14. Mai 2019

Nr.071/2019

Eine Presseinformation der  
CDU-Fraktion im  
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:  
Leiter Pressestelle  
Olaf Quandt

CDU-Fraktion im Landtag  
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3  
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15  
Fax 0 61 31 - 208 43 15

[olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de](mailto:olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de)

## Kundgebung „Demokratie braucht freie Kitas / Kita-Novelle

### **Christian Baldauf: Gesetzentwurf der Landesregierung muss grundlegend überarbeitet werden**

**Anlässlich der heutigen Kundgebung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V. zum Thema „Demokratie braucht freie Kitas“ fordert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, eine grundlegende Überarbeitung der Kita-Novelle der Landesregierung:**

„Seit vielen Monaten steht die Kita-Novelle der Landesregierung massiv in der Kritik. Erzieherinnen, Eltern und Träger laufen zu Recht Sturm gegen dieses Zumutungsgesetz, das viele Belastungen und kaum Verbesserungen bringt. Daran ändern auch die minimalen Nachbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf nichts. Das hat auch die heutige Kundgebung einmal mehr gezeigt.

Die CDU-Landtagsfraktion tritt für ein modernes Kita-Gesetz ein, das den vielen neuen Anforderungen entsprechende Ressourcen gegenüberstellt. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass der Anspruch auf Qualität tatsächlich eingelöst wird. Davon ist der vorliegende Gesetzentwurf weit entfernt. Er muss grundlegend überarbeitet werden

Inzwischen wissen wir auch aus verschiedenen Landkreisen, die eigene Berechnungen angestellt haben, dass die Behauptung der Regierungskoalition, keine Kita werde nach der Novelle personell schlechter da stehen, unzutreffend ist. Im Gegenteil: Wenn keine Überarbeitung erfolgt, werden viele Kindergartengruppen in der Praxis noch nicht einmal den Status Quo halten können bzw., sich mit Blick auf den Betreuungsschlüssel verschlechtern. Die Folge ist weniger Qualität, denn weniger Personal muss dann zusätzliche Anforderungen bewältigen. Anspruch einer Reform muss im Übrigen Verbesserung und nicht Erhalt des Status Quo sein.

Wie realitätsfern der Gesetzentwurf ausgestaltet ist, zeigt sich schon bei der Gleichstellung von zweijährigen, also den Kleinsten, mit fünfjährigen Kindern im Hinblick auf den Betreuungsschlüssel. Denn es liegt auf der Hand, dass die ganz Kleinen natürlich einen höheren Betreuungsbedarf aufweisen, als die Älteren.

Für die freien Kindertagesstätten bewegt sich kaum etwas. Ganz im Gegenteil: Elterninitiativen sind sogar aus dem Gesetz geflogen. Man kann resümieren: Die Forderungen der demonstrierenden Eltern und Erzieherinnen, die in der Mainzer Erklärung zusammengefasst sind, werden fast allesamt im neuen Kita-Gesetz von Frau Hubig nicht erfüllt.“